

**ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG**

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament

Dr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

GESETZENTWURF
10 -GE/19 84
Datum: 9. APR. 1984
Verf. 1984 -04-08 framer

Dr. Stroncz

Ihre Zeichen

-

Unser Zeichen

WpA-ZB-611
611

Telefon (0 22 2) 65 37 65

Durchwahl 358

Wien,

5.4.1984

Betreff:

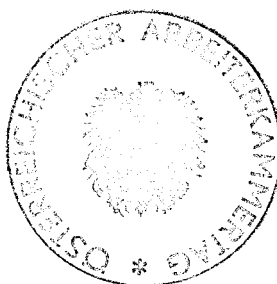
1. Stellungnahme zur Marktordnungs-
gesetz-Novelle 1984
2. Stellungnahme zur Viehwirtschafts-
gesetz-Novelle 1984

Der Österreichische Arbeiterkammertag übermittelt je 25 Exemplare seiner
Stellungnahmen zu den im Betreff genannten Gesetzentwürfen zur gefälligen
Information.

Der Präsident:

Der Kammeramtsdirektor:
iv

Kah

Beilagen

ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Franz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1010 Wien

Ihre Zeichen

Zl. 13.105/
02-I 3/84

Unsere Zeichen

WpA/Dipl.Ing.W/611

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 358

Datum

29. März 1984

Betreff

Stellungnahme zur Viehwirtschaftsgesetz-Novelle 1984

Auch im Bereich der Viehwirtschaft ergeben sich, so wie in den anderen durch die Marktordnung geregelten Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion, zunehmend Probleme der Überschußbewältigung, die mit finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der öffentlichen Hand verbunden sind. Jene Regelungen, die bei der Vollziehung des Viehwirtschaftsgesetzes dazu beitragen können, die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand zu begrenzen, haben deshalb an Bedeutung gewonnen. Der Österreichische Arbeiterkammertag muß jedoch betonen, daß vom Standpunkt der Konsumenten die Zielsetzung der ausreichenden Versorgung des Inlandmarktes, insbesondere die Sicherung der Preisstabilität, von vorrangiger Bedeutung ist.

Der Österreichische Arbeiterkammertag erlaubt sich zu den einzelnen Bestimmungen der Viehwirtschaftsgesetz-Novelle 1984 folgende Stellungnahme abzugeben:

Zu Punkt 5, § 10, Abs 6

Die bereits derzeit gültige gesetzliche Regelung sieht vor, daß die Festsetzung von Importausgleichen, sowie die Vereinbarungen und

Maßnahmen im Rahmen der Interventionstätigkeit der Zustimmung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesministers für Finanzen bedürfen. Für das Landwirtschafts- und Finanzministerium stehen zweifellos staatsfinanzielle Interessen bei der Festsetzung von Importausgleichen, Pauschbeträgen und Vergleichswerten im Vordergrund. Der Österreichische Arbeiterkammertag ist jedoch der Auffassung, daß durch eine zu starke Verankerung dieses Gesichtspunktes im Viehwirtschaftsgesetz die wirksame Durchsetzung der stabilitätspolitischen Zielsetzung erschwert wird. Er hält daher eine weitere Ausdehnung der Zustimmungsverpflichtung durch die Bundesminister über den derzeit geltenden Rahmen hinaus nicht für zweckmäßig. Der Österreichische Arbeiterkammertag lehnt die vorgesehene Bestätigungsverpflichtung durch die Bundesminister bei der Festsetzung von Pauschbeträgen und des Vergleichswertes ab.

Zu Punkt 6, § 10, Abs 6

Der Österreichische Arbeiterkammertag stellt fest, daß die vorgesehene Anhebung der Wertzollsätze im Viehwirtschaftsgesetz der generellen handelspolitischen Linie Österreichs widerspricht. Darüber hinaus dürfte es sich bei den vorgesehenen Anhebungen um rein fiskalpolitische Maßnahmen handeln, da für die meisten unter diesen Zolllarifpositionen importierten Waren es im Inland keine gleichwertige Produktion gibt. Der Österreichische Arbeiterkammertag lehnt daher die vorgesehene Anhebung der Zollsätze ab, da dadurch nur die Preise dieser Importprodukte verteuert würden.

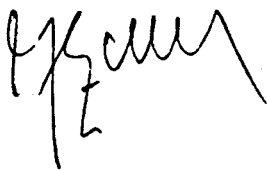
Alle übrigen vorgeschlagenen Änderungen des Viehwirtschaftsgesetzes nimmt der Österreichische Arbeiterkammertag zur Kenntnis.

Darüber hinaus schlägt der Österreichische Arbeiterkammertag aber vor, im § 5, Abs 4 des Viehwirtschaftsgesetzes eine Regelung vorzusehen, daß bei der Ausschreibung von lebenden Schweinen und Schweinehälften, die nach den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen gemeinsam zu erfolgen hat, wobei lebende Schweine und Schweinehälften einem gemeinsamen Preiswertigkeitsvergleich zu unterwerfen

sind, bei diesem Vergleich noch stärker als bisher auf volkswirtschaftliche Interessen Bedacht genommen werden muß. Insbesondere sollte bei diesem Preiswertigkeitsvergleich auf die Zielsetzungen des § 2, Abs 3, die Gewährleistung der Versorgung in einer der Verwendung der importierten Waren entsprechenden Qualität, Bedacht genommen werden können. Es hat sich in der Praxis nämlich gezeigt, daß bei Gleichpreisigkeit der Kategorie „lebende Schweine“ länderspezifische starke Qualitätsunterschiede festzustellen waren. Durch die bestehende gesetzliche Verpflichtung, auch diese angebotspreisgleichen Länder mit einer Quote zu berücksichtigen, erwachsen den Konsumenten, aber auch den Verarbeitern, gewisse Nachteile.

Im § 5, Abs 3 wäre nach Ansicht des Österreichischen Arbeiterkammertages im Hinblick auf das von der Vieh- und Fleischkommission praktizierte Importverfahren bei Verarbeitungsirindfleisch die Möglichkeit vorzusehen, so wie im derzeitigen § 6, Abs 2 bei Exporten gewisse Vorleistungskriterien für die Bewilligungerteilung festzulegen.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

